

BADBERGER RUNDSCHAU



Die SPD Badbergen informiert

Juni 2020

Anerkennen

Als systemrelevant wurden sie schnell nach dem Beginn der Einschränkungen durch die Corona-Regelungen erkannt – und was jetzt? Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lebensmittelmärkten, in der Pflege oder im Transport- und Logistikgewerbe sind nur einige Beispiele dafür, wer in unserem alltäglichen Leben viel zu wenig wahrgenommen wird, aber unverzichtbar ist. Gut gemeinte Gesten wie das abendliche Klatschen haben geholfen, den Blick auf die Menschen dieser Berufsgruppen

zu lenken. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, dass dies alleine nicht ausreicht. Denn diese Menschen sind häufig auch noch schlecht bezahlt und zwar trotz ihrer sogenannten Systemrelevanz. Das führt auch dazu, dass sie nach einem langen Arbeitsleben nur eine kleine Rente erhalten. Um dem entgegenzuwirken, fordert die SPD schon lange eine Grundrente. Leider versuchen auch jetzt noch verschiedene Gruppen – u.a. auch aus der CDU – die Grundrente zu verhindern.

BLACK LIVES MATTER

Bauwillige warten

Viele Bauinteressierte warten ungeduldig auf Fortschritte im geplanten Baugebiet im Bereich Sonnenhöhe und Mühlenweg. Für Anfang 2020 war ein erster Entwurf zugesagt. Damit verbunden war auch die Pflicht der Gemeindeverwaltung, „am Ball zu bleiben“ und auf Erledigung zu achten. Doch bedauerlicherweise hat weder Bürgermeister Meier (UWG) noch die von ihm geleitete Verwaltung nachgehakt. Erst als sich der Gruppenvorsitzende von SPD und Grünen im Badberger Gemeinderat darum gekümmert hat, nahm die Planung „wieder Fahrt auf“. Inzwischen ist kostbare

Zeit verstrichen, und statt das weitere Vorgehen zu beschleunigen und die politischen Akteure zeitnah einzubinden, hat der Bürgermeister das Angebot zur Mitwirkung ausdrücklich abgelehnt. Nun liegt der inzwischen erstellte Plan seit Wochen bei der Gemeindeverwaltung vor, ohne das etwas für interessierte Bauwillige geschieht.

Wichtig war dem Bürgermeister von der UWG, so erweckt es den Anschein, nur die Erschließung von Grundstücken, die im Interessenbereich des seinerzeitigen UWG-Initiators vermutet werden.



Blütenpracht

Insekten fehlt vielfach die Lebensgrundlage, denn die steigende Zahl an sogenannten Steingärten und auch manche landwirtschaftliche Nutzung sind nicht das Umfeld, das zur Förderung der biologischen Vielfalt benötigt wird. Doch die Zahl der Menschen, die dies erkannt haben, steigt erfreulicherweise und eine zunehmende Anzahl wirkt dem durch aktives Handeln entgegen. Damit auch die Kommune Badbergen ihren Beitrag zum Anlegen von Blühstreifen leistet, haben SPD und Grüne einen entsprechenden Antrag gestellt. Bei der Beratung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen Flächen nur exemplarisch für eine mögliche Auswahl sind. Wünschenswert, so sind sich die

Antragsteller sicher, ist das Anlegen einer Vielzahl an Blühstreifen auf kommunalen Flächen. Positiv ist festzustellen, dass auch weitere Akteure sich inzwischen der Thematik angenommen und im Gemeindegebiet entsprechende Flächen angelegt haben. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie mussten leider die von der SPD-Samtgemeindefraktion vorgeschlagenen Info-Veranstaltungen ausfallen. Diese, so ist vorgesehen, zeigen pflegeleichte Alternativen zu Steingärten auf, die zudem insektenfreundlich sind. Nachholtermine stehen derzeit noch nicht fest, werden aber über die Presse und unsere Internetseite rechtzeitig bekanntgegeben.



Es wird wohl noch eine Weile dauern, bis Bauwillige hier ihr Haus bauen können.

Neue SPD-Arbeitsgemeinschaft

Am 5. März gründete sich in der Osnabrücker Lagerhalle die SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt für die Region Osnabrück. Als Sprecher*innen wurden Elena Habben, Yasir Sivük und Konstantin Klimenko gewählt. „Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ist ein überfälliger Schritt, wenn wir als Partei auch die Vielfalt der Region repräsentieren wollen“, so Yasir Sivük. Immerhin leben in Stadt und Landkreis Osnabrück über 100.000 Bürger*innen mit Migrationshintergrund. „Diese Menschen haben die gleichen Rechte wie alle anderen. Jedoch wissen viele nicht, was das für Rechte sind und fühlen sich dadurch auch nicht als Mitglied unserer Gesellschaft und dadurch nicht in unserer Mitte aufgenommen“, erklärt Elena Habben, die selbst einen Migrationshintergrund hat und sich als EU-Bürgerin fühlt. „Wichtig ist, dass die



**Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt**

Menschen sich auch hier zuhause – beheimatet – fühlen und dies möchten wir durch die Arbeit in der neuen Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt erreichen. Auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehen, zuhören und sich für sie einsetzen“, führt Sivük weiter aus.

Erste Ziele und Aufgaben wurden bereits in gemeinsamer Runde gesammelt und zum Teil bereits beschlossen. So setzte sich die neue Arbeitsgemeinschaft für die Förderung von Sprach- und Integrationskursen ein. Der Austausch mit Behörden soll intensiviert werden, um kulturelle Barrieren zu verringern. Nach der Veranstaltung tauschten sich die über 25 Teilnehmenden in netter Atmosphäre über ihre Erwartungen und Wünsche an die gemeinsame Arbeitsgemeinschaft der SPD Osnabrück-Stadt und Osnabrück-Land aus.



SPD fordert Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im Landkreis Osnabrück

Die SPD im Kreisverband Osnabrück-Land hat auf Ihrem letzten Kreisparteitag eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen im Landkreis gefordert. „Anstellungen beim Landkreis oder bei Tochterunternehmen des Landkreises werden nicht mehr sachgrundlos befristet, dafür soll sich die SPD-Kreistagsfraktion schnellstmöglich einsetzen“, so Daniel Schweer, Sprecher der Antragskommission des SPD-Kreisvorstands.

Als Sozialdemokratie verstehe man sich als Verteidigerin von Arbeitnehmer*innen, heißt es weiter in dem Antrag. „Deswegen wollen wir uns in unserem Landkreis stark machen für gute Arbeit und faire

Arbeitsplätze“, unterstreicht der SPD-Kreisvorsitzende Werner Lager.

Weitere Forderungen der SPD in diesem Antrag sind unter anderem die Forderung nach mehr sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Leistungen. Hierzu gehöre an erster Stelle, dass die Tarifbindung potenzieller Auftragnehmer*innen, berücksichtigt wird.

„Soziale Aspekte sind in der Leistungsbeschreibung, bei den Zuschlagskriterien und bei den Ausführungsbedingungen durch den Landkreis zu verankern. Die Entwicklung eines Katalogs von Vergabekriterien im Landkreis ist das Ziel. Hierzu soll die SPD-Fraktion im Kreistag die Verwaltung auffordern. Unternehmen, die gegen das Mindestlohngesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz, das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verstoßen, werden von der Vergabe öffentlicher Aufträge im Landkreis Osnabrück ausgeschlossen.“ erläutert der Juso-Kreisvorsitzende Yannick Moormann den Antrag der Jungsozialist*innen.

Darüber hinaus sollen nach dem Willen der SPD Unternehmen bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden, die als Ausbildungsbetriebe fungieren. Ebenso sollen die Kommunen im Landkreis Osnabrück dazu aufgefordert werden, ebenfalls gleichartige Kriterien bei ihren Auftragsvergaben anzuwenden. Dabei soll der Landkreis die Kommunen beraten. „Gute Arbeit bedeutet auch über Arbeitnehmer*innenrechte Bescheid zu wissen“, ergänzt Lager.

Daher soll der Landkreis Osnabrück Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen entwickeln, welche gerade mobile Arbeitnehmer*innen über ihre Rechte aufklärt. Diese Broschüren sollen bei Terminen bei der Maßarbeit oder bei Neuanmeldungen in den Mitgliedskommunen des Landkreises Osnabrück verteilt werden. Der Landkreis bzw. die Maßarbeit vermittelt Arbeitnehmer*innen nicht mehr an Unternehmen, die gegen das Mindestlohngesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz, das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verstoßen haben.

SPD für eine Beratungsstelle für Arbeitnehmer*innen

Mangelnden Arbeitsschutz und Dumpinglöhne darf es nicht geben, weder im Landkreis Osnabrück noch in anderen Regionen Niedersachsens. „Doch gerade in diesen Zeiten werden immer mehr Fälle von prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen bekannt, betroffen sind zumeist Wanderarbeiter aus Osteuropa“, so Werner Lager, SPD-Kreisvorsitzender. Viele Arbeitnehmer*innen von ihnen

kennen ihre Rechte nicht, sie kennen keine Tarifverträge, haben auch noch nichts über Arbeitszeitgesetze gehört und wissen nichts über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit.

Daher fordert der Kreisverband Osnabrück-Land, wie zuvor auch der DGB, eine Beratungsstelle für die Region Osnabrück und darüber hinaus ein flächendeckendes Beratungsnetz für das gesamte Bundes-

land. Die Beratungsstellen sollen jeweils Arbeiter*innen über ihre Rechte aufmerksam machen und vor Ort der Ausbeutung von Saisonkräften in erster Linie im Hinblick auf Dumpinglöhne und Arbeitsschutz entgegenwirken. „Gerade auch die Saisonarbeiter*innen in den landwirtschaftlichen Betrieben der Region müssen individuell unterstützt werden“, betont Lager abschließend.





SPD-Kreistagsfraktion setzt sich beim Tagespflegegeld durch

Keine Rückzahlungsverpflichtung für Tagesmütter und -väter

Bereits am 21. April hat sich die SPD/ UWG-Gruppe öffentlich gegen eine Rückzahlungsverpflichtung des Tagespflegegeldes ausgesprochen. Nun konnte sich auch die CDU im Kreistag zu diesem Vorschlag durchringen. In der Kreistagssitzung am 18. Mai wurde einstimmig ein ent-

sprechender Beschluss gefasst. „Wir sind froh über diese Einsicht und freuen uns für die Tageseltern, die nicht mehr befürchten müssen, im August einen Rückzahlungsbescheid vom Landkreis zu erhalten“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe, erleichtert.



„Lernen zu Hause“ trotz schrittweiser Wiedereröffnung der Schulen

Frank Stiller, Vorsitzender des Bildungsausschusses, und Erwin Schröder, bildungspolitischer Sprecher der SPD/UWG-Gruppe im Kreistag, begrüßen ausdrücklich die schrittweise Wiedereröffnung der Schulen. „Die Idee, Schulen, Lehrkräfte und Schülerbeförderung durch kleinere Lerngruppen zu entlasten, ist durchaus sinnvoll, erfordert aber weiterhin die Betreuung der zu Hause bleibenden Schülerinnen und Schüler. Normalität ist das eben noch nicht...“, so Frank Stiller. Niemand sollte die Erwartung haben, dass bis zu den Sommerferien wieder regulärer Unterricht stattfindet. Alle Jahrgänge, die nicht oder nicht vollständig in der Schule sind, werden von den Lehrkräften für das „Lernen zu Hause“ mit Aufgaben versorgt. Leider sind Kinder und Jugend-

liche im ländlichen Raum aufgrund der noch nicht flächendeckenden Breitbandversorgung bei der digitalen Aufgabenstellung benachteiligt. „Noch immer gibt es im Landkreis Osnabrück die sogenannten weißen Flecken, also die Gebiete ohne Internetzugang oder unzureichenden Internetempfang. Die Versäumnisse in der Breitbandversorgung werden an dieser Stelle mehr als offensichtlich“, kritisiert Erwin Schröder. Die Planungen des Landkreises Osnabrück sehen vor, dass spätestens im Jahr 2025 aller Haushalte und Wirtschaftsbetriebe mit Glasfaser erschlossen sein werden. Schon in den letzten Wochen haben sich die Schwächen im Netz durch Homeoffice etc. gezeigt. Hier herrscht nach wie vor großer Handlungsbedarf.



SPD-Kreistagsfraktion erwirkt Start einer Teststrategie gegen Covid-19 für Senioren- und Pflegeheime

Die Diskussion um die Notwendigkeit einer Testreihe in Einrichtungen der Alten- und Eingliederungshilfe wurde durch einen gemeinsamen Antrag der SPD/UWG-Gruppe und der FDP/CDW-Gruppe bereits Anfang Mai angestoßen. „Wir freuen uns, dass wir den gesamten Kreistag aufgrund unserer Initiative dazu bewegen konnten, ein noch stärkeres Augenmerk auf die stark vom Corona-Virus betroffenen Einrichtungen zu legen“, zeigt sich Thomas Rehme, Vorsitzender der SPD/UWG-Gruppe, über das einstimmige Votum aller Kreistagsmitglieder erleichtert. Wie der Antrag der beiden Gruppen vorsieht, startet der Landkreis nun damit, in einem ersten Schritt Testungen an Beschäftigten in Einrichtungen durchzuführen, die keine Symptome zeigen. Mit

3.500 Abstrichen wolle man beginnen. Die Kosten belaufen sich dabei auf rund 210.000 Euro, die der Landkreis Osnabrück erst einmal aus dem beschlossenen Verfügungsrahmen „Corona-Management“ finanzieren wird. Allerdings hoffe man auf eine Rückerstattung durch den Bund. Das entsprechende Gesetz sei Mitte Juni zu erwarten. Aufgrund der verstärkten Ausbreitung des Corona-Virus in Senioren- und Pflegeheimen sei ein derartig „strategisches Testen“ dringend nötig, erläutert Rehme weiter, um Aufschluss darüber zu geben, ob und wie viele Personen infiziert sind, auch wenn diese noch keine Symptome zeigten. Damit werden in erster Linie ältere Menschen und andere Risikogruppen vor dem Virus geschützt.

Barrierefreier Zugang

Ob ein neuer Personalausweis notwendig ist oder Angaben zum erfolgten Wohnungswechsel mitgeteilt werden müssen, früher oder später führt wohl für jeden der Weg zur Gemeindeverwaltung. Das sind nur zwei von vielen Gründen, die den persönlichen Kontakt mit der Verwaltung nötig machen können. Doch kaum ist die Tür zum Verwaltungsgebäude geöffnet, da zeigt sich für manchen ein unüberwindliches Hindernis. Bereits auf dem Weg zum Büro im Erdgeschoss ist eine Treppe zu erklimmen. Nicht nur für bewegungseingeschränkte Personen, sondern auch mit Kinderwagen steht man vor einem kaum eigenständig überwindba-

ren Hindernis. Um hier Abhilfe zu schaffen, hatte bereits der Badberger Gemeinderat unter der Leitung des Bürgermeisters Dietmar Berger (SPD) die ersten Maßnahmen veranlasst. Ziel ist die Verlegung der Gemeindeverwaltung in das ehemalige Schulgebäude an der Hauptstraße. Dort, neben dem mit öffentlichen Mitteln finanzierten Parkplatz „Mitte“ und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schul- und Sportzentrum, wäre sie für jeden gut erreichbar. Es wurde damals bereits erreicht, dass für die über die Verwaltung hinausgehende Nutzung der Räume Mittel aus dem Förderprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“ für die Gebäudesanierung zur Verfügung stehen. Da die beiden Bürgermeister dieser Wahlperiode sich jedoch nicht um die Fortsetzung des Projekts kümmerten, haben SPD und Grüne Ende 2019 einen entsprechenden Antrag eingereicht. Einstimmig hat der Badberger Rat daraufhin beschlossen, dass die Nutzung des alten Schulgebäudes als Gemeindeverwaltung sowie die Mitnutzung des Jugendtreffs „Splash“ und die Unterbringung des Gemeindearchivs geprüft wird. Da die Grundfläche des Gebäudes es hergibt, soll auch ortsansässigen Vereinen und Organisationen darüber hinaus Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.



Nur über die Stufen ist die Gemeindeverwaltung in Badbergen zu erreichen. Das Gebäude der alten Schule bietet eine barrierefreie Alternative.

Im Interview:

Theo Kleiner

Theo Kleiner ist der einzige im Badberger Gemeinderat, der keiner Partei oder Wählergemeinschaft angehört. Er war einer von mehreren parteilosen Kandidaten, die sich 2016 auf der Liste der SPD zur Wahl stellten. Zu seinen Erfahrungen in der bisherigen Ratsarbeit haben wir ihm einige Fragen gestellt.

Theo, du bist parteilos, hast dich aber auf der SPD-Liste zur Wahl gestellt und gehörst auch zur SPD-Fraktion, die gemeinsam mit den Grünen eine Gruppe im Gemeinderat bilden. Wie frei bist du bei deiner Meinungsbildung und deinem Abstimmungsverhalten in der Ratsarbeit?



Ich bin genauso frei wie jedes andere Fraktionsmitglied. D.h., ich bilde mir meine Meinung zu jedem anstehenden Thema und stimme entsprechend meiner Position zu den Tagesordnungspunkten ab. Als Entscheidungshilfen dienen mir auch die Argumente meiner Gruppenkollegen



Michael Bürgel (2. v.r.) vom ArL im Gespräch mit Mark Rosga, Theo Kleiner, Michael Szymanski und Hans-Uwe Desing (v.l.)

Gute Nachrichten

Frohe Kunde von Michael Bürgel vom ArL konnten die Vertreter der Badberger SPD in Empfang nehmen. Der Mimmelager Buswendeplatz soll zu einem Platz der Begegnung umgestaltet werden, und die erhofften Zuschüsse werden dafür fließen. Die Mimmelager Bürgerinnen und Bürger haben mit viel Engagement und Ideen bei der Planung zur Umgestaltung mitgewirkt. Darüber hinaus haben sie zugesagt, bei der Umsetzung kräftig mit anzupacken. „Wenn Bürgerinnen und Bürger so viel Engagement zeigen, dann sind es Zeichen einer gut funktionierenden Gemeinschaft. Sie identifizieren sich mit ihrem Ort und der Maßnahme, sodass die Fördermittel nachhaltig gut angelegt sind. Dies hat sich sicherlich auch im Ranking bemerkbar gemacht“, so Michael Bürgel.

„Auch für den Neubau der sogenannten Gymnastikhalle werden Zuschüsse nach Badbergen gehen“, gab der vom ArL zuständige Mitarbeiter zu verstehen. Diese

Maßnahmen dient ebenso dem Dorfleben und somit dem Allgemeinwohl, erläuterte Michael Bürgel die positiven Bescheide der Fördermaßnahmen.

Die Badberger SPD freut sich über die nun zu erwartende Gestaltung des Platzes in Mimmelage und den Bau der neuen Sporthalle, denn beide Projekte haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Badberger Grünen gegen den zum Teil heftigen Widerstand der übrigen Parteien und Gruppierung erreichen können.

Michael Bürgel konnte vom Ortsvereinsvorsitzenden und vom Fraktionsvorsitzenden den Dank der Badberger Sozialdemokraten für seine kompetente Unterstützung bei der Entwicklung der Dorfentwicklungsmaßnahmen mitnehmen. Er betonte dabei aber auch, dass die Dorferneuerung in 2021 enden wird. Man darf gespannt sein, ob noch weitere Anträge aus Badbergen kommen werden. Doch zunächst müssen die Beteiligten zügig an die Arbeit gehen.

– aber auch die der übrigen Ratsmitglieder.

Kannst du dich mit deinen Ideen und Vorschlägen in die Fraktionsarbeit einbringen und wie reagieren die übrigen Fraktionsmitglieder?

Selbstverständlich – und die Fraktionskollegen setzen sich stets kritisch und konstruktiv mit meinen Überlegungen auseinander. Dies gilt natürlich auch für die Vorschläge der Kollegen.

Kannst du Interessierten – egal ob parteilos oder nicht - guten Gewissens die Kandidatur zur Kommunalwahl 2021 auf der Liste der SPD empfehlen?

Klar – über eine Mitstreiterin und/oder einen Mitstreiter würde ich mich freuen – unabhängig vom Wahlergebnis.

Wichtiges/Aktuelles:

Kontakt und Redaktion

SPD-Ortsverein
Hans-Uwe Desing
Kuhlstraße 186, Badbergen
Tel. 05433 914704
ov@spd-badbergen.de

Gruppenfraktion SPD/Grüne

Michael Szymanski
Hédéstraße 4, Badbergen
Tel. 05433 902132
ov@spd-badbergen.de

Aktuelle Infos unter www.spd-badbergen.de

